

Berantw. für die politischen Theile:
J. Pockner, J. B.
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Pockner,
Arden übrigen redaktionellen Theile:
C. Lubowski,
sämtlich in Posen.
Berantwortlich für den
Inseraten-Theil:
O. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Siebzundneunziger

Jahrgang.

Mr. 532.

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgesparte Postzelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

Freitag, 2. August.

Amtliches.

Berlin, 1. August. Der Kaiser hat dem Bureauvorsteher beim Reichsversicherungsamt, Düsseldorf, und dem expedienten Sekretär und Kalkulator beim kaiserlichen Gesundheitsamt, Holleufer, den Charakter als Rechnungsrauth verliehen.

Der König hat dem Regierungs-Präsidenten v. Neese zu Potsdam bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst den Charakter als Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath mit dem Range eines Raths erster Klasse verliehen, den Regierungsrath v. Hauteville zu Kassel auf Grund des § 28 des Landesverwaltungsgesetzes vom 31. Juli 1883 (G.S. S. 195) zum zweiten Mitgliede des dortigen Bezirksausschusses auf Lebenszeit ernannt.

Der ordentliche Professor Dr. Vogt in Kiel ist in gleicher Eigenschaft in die philosophische Fakultät der Universität Breslau versetzt worden.

Dem Seminar-Musiklehrer Hecht in Kammin ist das Prädikat "Königlicher Musik-Direktor" beigelegt worden.

Am Schullehrer-Seminar zu Lübeck ist der bisherige kommissarische Hilfslehrer, Schulamtskandidat Hoppel, definitiv als Hilfslehrer angestellt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 2. August.

In der Lehrerpresse wird vielfach Klage darüber geführt, daß die Landgemeinden die Ueberschüsse der ihnen durch das Volksschulentlastungsgesetz überwiesenen Gelder auf alle mögliche Weise verwenden, z. B. zur Erhöhung der Gehälter nicht der Lehrer, sondern der Nachtwächter, zur Anschaffung eines Gemeindebullen u. s. w. Es läßt sich dies kaum denken; denn § 2 jenes Gesetzes bestimmt den Staatszuschuß ausdrücklich zur Deckung des Lehrerdienstekommens. Auch über das Verhalten der Königlichen Regierungen wird bei dieser Gelegenheit gellagt. So wird der "Pr. Lehrerzeitung" aus dem Regierungsbezirk Bromberg geschrieben:

An dem Städtchen I. unterrichten seit 12 Jahren ein und dieselben drei Lehrer cr. 400 Kinder. Die Erfolge ihrer Thätigkeit befriedigen voll und ganz sowohl die Gemeindedächer als auch die Regierung. Als nun in diesem Jahre die Erweiterung des Entlastungsgesetzes in sicherer Aussicht war, wandten sich jene drei Lehrer unter Hinweis auf ihre Mehrthätigkeit, sowie auf ihre ungünstigen Gehaltsverhältnisse vertraulich an den Schulvorstand mit der Bitte, jedem 100 M. jährliche Zulage gewähren zu wollen. Der Schulvorstand, überzeugt davon, daß die Gehaltsfälle der Beteten (800 M., 850 M., 900 M.) zu der großen Arbeit und den Theuerungsverhältnissen des Ortes nicht im rechten Verhältnisse ständen, gewährte bei Aufführung des neuen Etats die bez. Zulagen, wenn die Königliche Regierung den bisherigen widerruflichen Staatszuschuß in annähernder Höhe belassen würde. Die Lehrer waren entzückt über das menschliche Einscheiden ihres Schulpfandes und schon voller Freude im Hinblick auf die sicher bevorstehende Zulage von jährlich 100 Mark. Aber leider — „Behü! dich Gott! es wär' so schön gewesen! Behü! Dich Gott! es hat nicht sollen sein! Nach allseitiger gründlicher Motivirung wurde der Etat der Königlichen Regierung beabsichtigt bestätigt übermittelt, und in ca. 4 Monaten lehrte er mit Bewilligung des vollen Staatszuschusses und unter Streichung der qu. Zulagen zurück.

Wir glauben wohl, daß die Regierung in solchen Fällen, wo die Zulage von der Gemeinde als Lohn für eine treue Mehrarbeit und als eine Nothwendigkeit in Folge der Ortsverhältnisse anerkannt wird, mit ihrer Nichtbestätigung einen schweren Dämpfer auf die Berufsfreudigkeit der betr. Lehrer setzt. Denn wie es in den Herzen der betr. Lehrer ausgesehen haben mag, als ihnen der Bescheid wurde, bedarf keiner Beschreibung.

Nach den letzten aus Zanzibar gekommenen Nachrichten verlautete dort, Hauptmann Wissmann werde Buschiri in Kurzem angreifen. Geschieht dies, so tritt damit die Aktion des deutschen Reichskommissars in ein neues Stadium. Der Kampf gegen die Aufständischen würde von der Küste in das Innere, aus dem Bereich der deutschen Schiffsgeschäfte in Gebiete verlegt, auf denen die Einwohner alle Vortheile der besseren Ortskenntnis und des gefährlichen Hinterhalts genießen, ohne fürchten zu brauchen, durch artilleristische Uebermacht, wie in der Küste, in der Ausnutzung dieser Vortheile behindert zu werden. Wie gemeldet wird, haben die Streitkräfte Buschiri jetzt die Straße nach Mpwapwa durch Absperrung der Jahre über den Fluss blockiert; drei Bedienstete der französischen Mission sind dort bereits getötet worden. Die pererte Fähre befindet sich nicht weit hinter Bagamoyo, daß, wenn es hier zu einem Zusammenstoß käme, derbe zunächst noch in verhältnismäßiger Nähe der Küste stände. Jämer aber würde der Reichskommissar auf ihm bisher geleistete sehr wirkame Beihilfe des eutichen Geschwaders und seiner Truppen wohl verzichten müssen. Was bei der Zerstörung Saadanis, Pangani, Uwindes möglich war, daß nämlich ein geschultes Marine-Landungskorps unter dem Schutz eines starken Feuers von See aus den Anfang der schwachen Schutztruppe unterstützte, muß sich bei einer Einfahrt ins Innere dringenden Unternehmung als unausführbar weisen. Erst jetzt also tritt der Reichskommissar an den entzündenden Theil seiner Aufgabe heran. Die Straße von

Bagamoya nach Mpwapwa beherrscht den Handelsverkehr vom Tanganikasee nach der Küste. Ist dieser Verkehr durch Absperrung der Straße geschlossen, so hat die Wiedereroberung der Küstenplätze für die deutschen Interessen keinen Wert. Augenscheinlich wird die Taktik der Einwohner von diesem Gesichtspunkt geleitet, und gegen die deutsche Aktion jetzt im Innern ein planmäßiger Widerstand organisiert. Wie und in welcher Zeit derselbe zu überwinden sein wird, dafür ist aus den bisherigen Erfolgen an der Küste, gleichsam dem Vorspiel des Stücks, keinerlei Maßstab zu entnehmen.

Betreffs der Frage der Uebernahme des Kongostates durch Belgien sollen in letzter Zeit wiederholt vertrauliche Versprechungen zwischen König Leopold II. und hervorragenden politischen Persönlichkeiten Belgiens stattgefunden haben. Es ist kein Geheimniß, daß die nach dem Muster eines zivilisierten Staates betriebene Verwaltung des jungen mittelafrikanischen Freistaates erhebliche Summen erfordert, und daß, wenn auch die Einnahmen des Kongostates in fortschreitender Steigerung begriffen sind, doch auch die Ausgaben in bedenklichem Maße steigen. Der Voranschlag des Kongostates weist alljährlich einen Abgang von 1 1/2 bis 2 Millionen Francs auf, welche die königliche Zivilliste beisteuert. Nun sind aber die Hilfsquellen der königlichen Zivilliste vollständig erschöpft, und der Privatvermögensstand des Königs befindet in Folge sich der Opfer, die das Kongo-Unternehmen seit 15 Jahren erfordert, in ziemlich argen Verhältnissen. In den Büchern des Pariser Hauses Rothschild erscheinen die königlich belgische Zivilliste schon vor einem Jahre mit nicht weniger als 16 Millionen Francs belastet. Man begreift daher, daß König Leopold II. beim besten Willen nicht mehr in der Lage ist, dem Kongostate fernerhin den erforderlichen Geldzuschuß zu gewähren. In wenigen Monaten bereits wird die Frage aufgeworfen werden müssen, ob nicht der belgische Staat bereit wäre, den Kongostaat als Kolonie zu übernehmen oder wenigstens den bisher vom König gewährten Zuschuß fortzuführen. Die Frage hat deshalb ein gewisses politisches Interesse, weil die Regierung des Kongostates in einem Grenzvertrage mit Frankreich diesem ein Vorkaufsrecht für den Fall zugesichert hat, daß Belgien die Erwerbung ablehnen sollte. Ein Gewährsmann der "Magd. Z." versichert, daß, nach der in Brüsseler maßgebenden Kreisen herrschenden Stimmung, an der schließlichen Uebernahme des Kongostates durch Belgien nicht gezweifelt werden dürfe.

Die republikanischen Blätter Frankreichs fahren fort, ihre Genugthitung über den Ausfall der Wahlen zu den Generälräthen auszusprechen und wenn die von dem Minister des Innern im Ministerrat mitgeteilten Ziffern den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, dann ist das Wahlergebnis allerdings viel günstiger, als man es ursprünglich anzunehmen berechtigt war. "Rappel" meint, daß die Volksthümlichkeit Boulangers durch dessen Flucht zerstört worden sei, und das Blatt steht ebenso, wie die "Rép. Française" in dem Wahlergebnis eine Niederlage des Cäsarismus. Nach dem "Mot d'Ordre" ist es besonders bemerkenswert, daß Boulangers seine wenigen Siege in den größeren Städten errungen habe, während die Bauern von ihm nichts wissen wollen. Conflans, fügt dann das Blatt in etwas versänglicher Weise hinzu, besitzt die für einen Minister des Innern unerlässlichen Eigenschaften; seine Thatkraft gegen die Aufrührer und seine Festigkeit gegen die untreuen Beamten hätten gleich den gewünschten Erfolg gehabt. Ferner hätten es die Wähler seit, sich als Dummköpfe behandeln zu lassen; sie seien dahinter gekommen, daß sie nur von einer Bande Marktschreier betrogen würden, die sich über sie lustig machen und nur die Herrschaft an sich reißen wollten, um selbst den größten Nutzen daraus zu ziehen. Nach dem neuesten Erfolg solle die Regierung nur den eingeschlagenen Weg auch fernerhin verfolgen. Auch der "Parti National" ist der Ansicht, daß Frankreich seine Stärke in der gesunden und kräftigen Masse des Landvolks suchen müßt. Durch Mäßigung und Weisheit müsse die Republik bei den nächsten Wahlen den Sieg erlangen und Fortschritte machen; die Republik habe jetzt gewonnen, sie müsse ihren Sieg zum Wohl und zur Ehre des Landes ausnutzen. Die "Festigkeit" des Ministers des Innern bezeichnen die Boulangisten freilich nur als einen unerhörten Druck, den Conflans in den Wahlbezirken ausgeübt habe, doch sind in dieser Beziehung bisher keine überzeugenden Beweise beigebracht worden.

Am Nil rückt Wad-el-Njumi, der Führer der Dervische, langsam gegen Norden vor; Abu Simbel, welches er nach Ansicht der englischen Heerführer nicht überschreiten durfte, ohne sich dem Verderben auszusetzen, hat er bereits hinter sich gelassen. Täglich kommt es zu kleinen Schermüllern, bei denen es eine Anzahl Tode und Verwundete gibt, die aber auf die Entscheidung, nur sehr wenig Einfluß haben werden. Der jüngste

derartige Zusammenstoß fand am 30. Juli bei Anabi statt, wo Lieutenant Dagnilar mit einer Abteilung egyptischer Kavallerie, einer Kompanie egyptischer Infanterie und einer Maultiere-Batterie eine Truppe von Dervischen bei Anabi angriff und in die Flucht schlug. Der englische Bericht gibt den Verlust der Dervische, was einigermaßen Misstrauen in die Richtigkeit der Angaben erwecken kann, auf 70 Tote und 80 Gefangene an, während von den Egyptern nur 3 Mann getötet und 2 eingeborene Offiziere sowie 6 Mann verwundet sein sollen.edenfalls hält Sir Samuel Baker daher den Zeitpunkt für günstig, wieder einmal Maßregeln zur Beherrschung des Sudans anzuempfehlen. Er schreibt in der "Times":

"Wir werden viele wertvolle Menschenleben bei diesen barbarischen und unruhigen Kämpfen verlieren und trotz aller Siege werden diese Einfälle jährlich wiederkehren, wenn nicht allmählich der Sudan wiedererobert und daselbst eine feste Regierung eingerichtet wird, welche den arabischen Stämmen Achtung einfließt. Ich würde nicht zu einer allgemeinen Eroberung des Sudans raten, aber es wird nötig sein, zwei Punkte zu besetzen, Dongola und Berber. Sollte man sich dazu entschließen, so möglicherweise bald gelingen, da der Nil im Steigen begriffen ist. Das, was jetzt leicht ist, wird bald unmöglich werden."

Baker glaubt, daß die hier vorgeschlagenen Maßnahmen nach Vernichtung der jetzt vorrückenden Dervischtruppen keine großen Schwierigkeiten bieten würden.

Deutschland.

△ Berlin, 1. August. Die konservative Sozialpolitik wandelt recht seltsame und bedenkliche Wege. Insbesondere ist der westfälische Grubenstreik zum Ausgangspunkt extremer und gefährlicher Vorschläge geworden. Eine Versammlung in Berlin erklärte sich in einer Resolution für Verstaatlichung der rentabelsten Betriebe und nahm neben dieser ersten, sozialistisch angehauchten, Resolution eine zweite an, welche für den berufenen Träger der sozialen Reform den Kaiser bzw. das starke Königthum erklärte. So weit gingen besonnene Männer allerdings nicht, und selbst Professor Wagner, welcher bald darauf durch bandwurmartig sich fortspinnende Artikel in der "Kreuzzeitung" dem sozialen Königthum den Weg zu weisen unternahm, den es zu gehen habe, erklärte die Resolution jener Versammlung für zu weit gehend. Mit sehr mechanischen Vorschlägen behufs Verhinderung der Arbeiter am Gewinn der Bergwerksunternehmen trat dann ferner in der "Post" Graf Fred Franklinberg hervor, wenn auch wohl nur im eigenen Namen und nicht im Sinne seiner freikonservativen Gefährten. Während alle im Vorstehenden aufgezählten Meinungsäußerungen rein individuell waren und nur diejenigen banden, von welchen sie ausgingen, ist dagegen die neu aufgeworfenen Fragen der Sozialpolitik von größerer Bedeutung, da diese Korrespondenz das Organ der konservativen Fraktion sein will und jedenfalls eher noch deren linke als den rechten Flügel vertritt. Den Vorschlag einer staatlichen Lohnregulierung, der in den Ausführungen Wagners eine Rolle spielte, macht das genannte Organ sich nicht zu eigen. Allein dieses nämliche Organ, welches einer bloß normirenden Thätigkeit des Staates in Bezug auf das Lohnverhältnis widerstrebt, erklärt sich für eine direkte mechanische Verschiebung von Vermögensreichen der bürgerlichen auf die arbeitenden Klassen. Als eine solche betrachtet es die Versicherung gegen Krankheit, Alter und Invalidität in der Gesez gewordenen Gestalt und kündigt, freilich in sehr allgemeiner Form, an, daß damit die Aufgaben in dieser Richtung noch nicht beendet seien. —

Wie wir von wohlunterrichteter Seite erfahren, steht der Name des künftigen Bischofs von Münster sicher fest. Der Name des vom Papste genehm gebundenen Kandidaten der preußischen Regierung ist Dr. Käuser. Wie noch besonders hervorzuheben ist, glaubt die preußische Regierung sich der künftigen politischen Haltung des demnächstigen Bischofs in einer jede Besorgnis ausschließenden Weise vergewissert zu haben. — Die von einem hiesigen Blatte gebrachten Angaben über den Ertrag des bestehenden Sozialistengesetzes stoßen auf lebhafte Zweifel. Zwar dürfte richtig sein, daß die in der letzten Session dem Bundesrat gemacht wurden, als fallen gelassen gelten kann. Dagegen haben über die Einbringung einer neuen Vorlage wohl kaum schon abschließende Verhandlungen stattgefunden. Was in dieser Beziehung über verstärkte Rechtsgarantien hinsichtlich der Versammlungsfreiheit und der preßgesetzlichen Bestimmung mitgetheilt wird, darf einstweilen nur als Ausdruck von Wünschen gewisser "Real-Politiker" angesehen werden. Darüber allerdings besteht wohl nirgends ein Zweifel, daß das Sozialistengesetz in seiner jetzigen Gestalt nicht beibehalten werden kann. Wir können mittheilen, daß es weniger die Rücksicht auf die Reichstagsmehrheit als die auf den Kaiser ist, welche das Staatsministerium nötigen wird, neue Wege zur Bekämpfung der Auswüchse der Sozialdemokratie aufzufinden. Der Kaiser hat alsbald nach seinem Regierungsantritt in bestimmter Weise er-

flärt, daß er eine Aenderung des Ausnahmegerichtes für dringend wünschenswerth halte, und die Bemühungen, eine andere Form für den Inhalt dieses Gesetzes zu finden, sind vor allem auf diese Willensmeinung des Monarchen zurückzuführen.

— Die Antwortnote des Reichskanzlers auf die jüngste Schweizer Note scheint nach den bisherigen Berichten in einem freundlicheren Tone gehalten zu sein, als nach der scharfen Sprache des Berner Bundesraths erwartet sein möchte. Vor allem die vom Reichskanzler ausgesprochene Hoffnung auf das Zustandekommen eines neuen Niederlassungsvertrages stempelt am letzten Ende die Vorgänge der jüngsten Wochen und Monate nur zu einer Episode, die auf den wahren Charakter des deutsch-schweizerischen Verhältnisses als eines auf naturnothwendige Freundschaft gegründeten nicht dauernd schädigend wird einwirken können. Wenn der Reichskanzler im Ubrigen auf die Ausübung einer strengerer Fremdenpolizei seitens der Schweiz dringt, so ist auch in dieser Forderung kein Anlaß zu ernstieren. Weiterungen zu erblicken, nachdem die Berner Bundesbehörden sich bereit erklärt haben, ihre Fremdenpolizei zu reorganisiren. Vermuthlich wird Fürst Bismarck in den Verhandlungen, betreffend den neuen Niederlassungsvertrag, sein Verlangen wiederholen, daß die Schweiz Deutsche nicht aufnehmen darf, welche nicht ein deutsches Leumundszeugnis beibringen können. Wir zweifeln indessen nicht, daß es der Schweiz gelingen wird, die Unmöglichkeit dieses Verlangens nachzuweisen, und daß der Vertrag trotzdem zu Stande kommen wird. Denn ein vertragsloser Zustand würde uns weit mehr als die Schweiz schädigen.

— Wie aus Münster gemeldet wird, erfolgt der angekündigte Besuch des Kaisers und der Kaiserin in der alten Hauptstadt Westfalens, den Anordnungen des Hofmarschallamtes zufolge, am 24. August. Die Vorbereitungen zum Empfang werden eifrig betrieben, der Aufenthalt des Kaiserpaars soll einen Tag dauern; Abends soll die Weiterfahrt nach Straßburg erfolgen.

— Wie verlautet, soll die, übrigens nur auf wenige Tage berechnete Reise des Ministers Herrfurth sich auf Trier, Dortmund und vielleicht einige andere Orte des Kohlenreviers erstrecken und mit den behördlichen Erhebungen über die Ausstandsbewegung im Zusammenhange stehen.

— Der französische Botschafter am Berliner Hofe hat bette gedenkt in diesen Tagen Berlin mit längerem Urlaube zu verlassen, und sich zunächst nach Frankreich zu begeben.

— Der Botschafter Österreich-Ungarns am Berliner Hofe Graf Szechenyi trifft in allernächster Zeit wieder in Berlin ein, um während der Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph dort gegenwärtig zu sein.

— Nach einer Meldung der „Kölner Btg.“ aus Neisse ist der Staatsminister Dr. Friedenthal sehr schwer erkrankt.

— Vom 25. bis 29. August findet in Bochum in Westfalen die 36. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands statt.

— Ausführlichere Mittheilungen über die neue Leibgarde der Kaiserin bringt jetzt die „Staat. Korr.“: Die aus 24 Mann und 2 Unteroffizieren mit im Ganzen 26 Pferden gebildete Leibwache der Kaiserin hat zum Offizier den Lieutenant von Albedyll erhalten, welcher bisher im Kürassier-Regiment Königin in Posen stand; Herr v. Albedyll ist der Sohn des Generalmajors (von der Kavallerie) von Albedyll und Neffe des früheren Militärschultheißen, jetzigen kommandirenden Generals des 7. Korps, von Albedyll. Lieutenant von Albedyll untersteht mit der Leibgarde dem Kommandeur der Leib-Gendarmerie, General-Adjutanten Wedel. Die Uniform der Mannschaften besteht aus einem weißen Kürassier-Koller, dazu tritt ein dunkelblauer Waffenrock, wie ihn die Gardes du Corps und Garde-Kürassiere tragen. Zur Farbe für die Kragen und Armbelauschlüsse, Schulterpatten und and. an Vasen wählt die Kaiserin das bekannte Kirchroth der Königin-Kürassiere; der Rockschöß ist innen ebenfalls mit Kirchrothem Tuch gefüttert und wird, an den Seiten durch Hefte befestigt, aufgeschlagen getragen; Kragen und Armbelauschlüsse haben weiße Gardeslitzen. Der weiße Koller wird vorn jedoch nicht durch Hefte, sondern durch 8 weiße Knöpfe geschlossen; die Beinkleider sind von weißem Veder und werden in die an die Knie reichenden sogenannten Kürassierstiefeln getragen, das Pallastschoppe ist ebenfalls von weißem Veder, wird überstülpt getragen und an seinen Niemen der Pallast mit Karabinerhasen befestigt; die Pallasche selbst sind noch nicht gefertigt, sie halten bezüglich ihrer Stärke die Mitte zwischen den Pallaschen der Kürassiere und jenen der Offiziere. Die Helme sind denen der Leibgendarmerie völlig gleich, von weißem Ton-

bach, mit dem gelben Gardestern und ebensolchen Beschlägen; für große Hof- oder Staatsfeestlichkeiten ist die Anschaffung von sogenannten Dreimastern in Aussicht genommen. Die Leibgardisten der Kaiserin erhalten außer der Löhnnung eine monatliche Zulage von 9 Mark. Dem Befehl zur Ausgabe der Montur wird täglich entgegengetreten; bei der Ankunft des Kaisers Franz Josef wird die neue Leibgarde bereits im Dienste stehen.

— Als Aerzte haben sich niedergelassen: Biolkowski in Mraschin, Dr. Jazynski in Bnin, Rogozki, Gläser und Dr. Heinrich Müller in Breslau, Gegner in Reichthal, Dr. Broslauer in Groß-Wartenberg, Dr. Sandberg in Leubus, Dr. Kamla in Quedlinburg, Dr. Gerike in Albersleben, Dr. Neemann in Babsdorf, Dr. Nauwerd in Möckern, Rothweiler in Leitzlau, Max Cohn in Görlitz, Dr. Michel in Schraplau, Dr. Brandis in Nielleben, Theißlau in Hameln, Werner in Uerzen, Dr. Ihmels in Aurich, Dr. Wagener in Hörde, Dr. Johannes in Köln.

— Ueber die Selbstdmorde und ihre Ursachen in den Jahren 1883/87 macht die „Stat. Korr.“ für Preußen folgende Angaben: Es starben durch Selbstdmord im Jahre 1883 6171 Personen, im Jahre 1884 5900, im Jahre 1885 6028, im Jahre 1886 6212 und im Jahre 1887 5898. Die Gesamtsumme der Selbstdmorde war also im Jahre 1887 die niedrigste und um 314 oder 5 Proz. geringer als im Vorjahr. Unter den Selbstdmorden des letzten Jahres befanden sich 4703 (1886 5047) männliche und 1195 (1165) weibliche Personen. Während also die Zahl der männlichen Selbstdmorde um 341 abgenommen hat, hat die der weiblichen um 30 zugenommen. Was die Ursachen der Selbstdmorde betrifft, so steht hier die Statistik auf groÙe Schwierigkeiten, weil die Ermittlung derjenigen Umstände, die den Selbstdmörder in den Tod getrieben haben, oft schwer und ihrem Resultat nach fragwürdig, oft geradezu unmöglich ist. Bleibt doch bei jährlich 18 bis 19 Proz. aller Selbstdmorde die Veranlassung durchaus unbekannt. Im Übrigen wird mehr als der 4. Theil aller Selbstdmorde auf Geisteskrankheit zurückgeführt, indem 1887 bei 1559 (26,4 Proz. aller) 1886 bei 1671 (26,9 Proz.) und 1885 bei 1582 (26,2 Proz.) Selbstdmorden diese Ursache angegeben wurde. Auffällig ist dabei, daß von den Männern nur 22,7 bzw. 23,7 und 21,9 Proz., von den Frauen dagegen 41,1 bzw. 40,8 und 43,8 Proz. in Geisteskrankheit stand an sich legten. Allerdings darf man hierbei unseres Erachtens nicht vergessen, daß Geisteskrankheit, insbesondere momentane Geistesstörung, oft als Ursache des Selbstdmordes von den Verwandten etc. angegeben wird, um andere beschämende Motive zu demanteln. Im Übrigen haben wir noch folgende Selbstdmordursachen für 1887 hervor: Rummel in 648 Fällen (die Zahl ist von 1883, wo sie 814 betrug, allmählich gesunken), Laster in 606, Lebensüberdruss in 592, körperliches Leid in 519, Neid, Scham und Gewissensbisse in 455, Leidenschaften in 193, Ärger und Streit in 181 und Trauer in 32 Fällen. Auffällig wird es ferner Vielen erscheinen, daß Rummel, von dem man gewöhnlich annimmt, daß er die Frauen eher niederdrückt, als die Männer, verhältnismäßig viel mehr Männer in den Tod treibt als Frauen. Diese Ursache wird nämlich bei den Männern in 11,6 (1886 13,0, 1885 13,8) p.Ct. aller Selbstdmordfälle angegeben, bei den Frauen nur in 8,5 (6,5, 8,3 p.Ct.). Bei den „Leidenschaften“ (hauptsächlich also wohl Liebe) überwiegen dagegen die Frauen mit 6,5, 5,7 und 4,9 p.Ct. die Männer (2,5, 2,3, 2,3 p.Ct.) sehr beträchtlich.

— Stettin, 1. August. Zum Polizeipräsidium von Stettin ist, wie der „Ostsee-Btg.“ gemeldet wird, der Landrat Graf Stolberg-Bunzlau ausersehen. Die Ernennung ist in allernächster Zeit zu erwarten. Graf Stolberg-Bunzlau ist ein Schwiegersohn des Grafen Stolberg-Wernigerode.

Frankreich.

Paris, 31. Juli. Der Ausfall der Generalratswahlen scheint der Freundschaft zwischen Monarchisten und Boulangisten einen argen Stoß verlest zu haben. Die monarchistischen Stimmen mehren sich, welche ratzen, mit Entschlossenheit das Bündnis mit Boulanger zu brechen, während andererseits die Boulangisten daran denken, sich jetzt mehr nach links zu wenden, sowie wieder Fühlung mit den Republikanern zu suchen. Arthur Meyer vom „Gaulois“, der eigentlich Einflüsterer der bisher von den Monarchisten beflogten Politik, ist über die erwähnten Bestrebungen ganz erschrockt und beschwört die Monarchisten, nicht undankbar gegen Boulanger zu sein, dessen Macht noch eine große bleibe. Zugleich beschwört Meyer die Boulangisten, mit einer derartigen Schwenkung nach links nicht sich selbst und ihre Achtung zu vernichten. Gegenüber mehrfachen unrichtigen Bifferangaben der „Agence Havas“ lauten die offiziellen Zahlen über den Ausfall der Wahlen: definitiv sind 1256 Ergebnisse, während 177 Stichwahlen erfolgen müssen und 6 Ergebnisse noch ausstehen. Gewählt sind 824 Republikaner. Die Reaktionären haben 432 Sitze, darunter befindet sich Boulanger mit seiner zwölftmaligen Wahl. Der bisherige Verlust für die Republikaner beläuft sich auf 19 Sitze, der jedoch durch die Stichwahlen aufgewogen werden kann.

* Paris, 31. Juli. Wie der „M. B.“ aus zuverlässiger Quelle meldet wird, werden die Kammerwahlen leineswegs vor dem 15. September stattfinden.

Das VII. deutsche Turnfest.

(Original-Bericht der „Posener Zeitung“.)

IV.

München, 31. Juli.

Alle Empfindungen und Wünsche, welche die von Nord und Süd, von Ost und West zusammenströmten Tausende beseelten, fanden in begeisterten Worten einen herrlichen Ausdruck bei dem Banne, welches vom Montag Abend 8 Uhr bis zu einer unbestimmten Stunde des Dienstag Morgen in der Festhalle stattfand. In der Mitte des mächtigen Raumes waren lange Tafeln aufgestellt, an welchen die Banne-Theilnehmer saßen, zu beiden Seiten des Saales, sowie auf den Galerien befanden sich Tausende, welche sich an den schwungvollen Reden begeisterten, an dem herzlichen Jubel, dem fröhlichen Treiben voller Herzens Theilnahme. Jene Hunderte von bunten Bannern und reichgestickten Fahnen, welche im Festzuge wehten, waren auf zwei Emporen aufgereiht und ergänzten in charakteristischer Form den malerischen Schmuck des Saales.

Die ganze Bedeutung des Festes wurde in ihrer vollen Herrlichkeit erst durch das Banne enthüllt, hier kam die Einträchtigkeit Aller, die Liebe Aller zum großen einzigen Vaterlande, der Mannesmuth und die Sehnsucht Aller, im Frieden für dasselbe zu leben und zu wirken, jedoch auch, wenn es Noth thut, manhaft zu streiten, das Erworrene zu schützen und zu wahren, in wahrhaft großartiger Weise zum erheben den Ausdruck.

So gewaltig sich die Gründungsrede des Prinzen Ludwig von den üblichen feierlichen Ansprachen abhob, so bedeutungsvoll waren die Tranksprüche, welche auf dem Banne des VII. deutschen Turnfestes gehalten worden sind. Nicht leere, hohle Worte, nicht schönklingende Phrasen wurden gesprochen, sondern das innerste Wesen und Fühlen eines ganzen Volkes spiegelte sich in ihnen wieder. Deutsche, welche in England, Amerika, Rumänien, der Schweiz u. s. w. lebten, beteuerten, daß sie auch fern vom deutschen Vaterlande deutsch geblieben sind und deutsche Art hochhalten; alle Reden jedoch, gleichviel, ob dieselben von Deutschen, Österreichern oder Ausländern gehalten wurden, durchliefen als immer wiederlehrendes Leitmotto die Liebe zum Heimatlande und zur friedlichen Arbeit.

Der erste Trankspruch, welchen der Vizepräsident Herr Böthig-Thorn ausbrachte, galt selbstverständlich dem Protektor des Turnfestes, dem Prinz-Regenten von Bayern, der zweite, vom Herrn Bürgermeister Widenmayr ausgetragen, dem deutschen Kaiser. In seiner mit Begeisterung aufgenommenen Ansprache gedachte der Bürgermeister Münchens auch der beiden dahingeschiedenen Kaiser in folgenden Worten: „Freudiger Stolz erfüllt die deutsche Turnerschaft, denn wenn sie den männlichen Leib zum starken blühenden Träger der deutschen Mannesseele zu gestalten strebt, so wandelt sie in den lichtvollen Pfaden ihrer mutigen Kaiser, im Geiste Wilhelms und Friedrichs, der verklärten Wohlthäter des deutschen Volkes. Das ist die gewaltige Kraft im Leben unserer Kaiser, daß sie auf der Höhe irdischer Macht in allen menschlichen Tugenden wie leuchtende

Belgien.

* Brüssel, 31. Juli. Der internationale östlicher Katholikenkongress, welcher am 8. September stattfinden sollte, ist vertagt worden.

Großbritannien und Irland.

* London, 31. Juli. Boulanger lehnt es, nach einer Meldung des „B. T.“ absolut ab, interviewt zu werden und sich über den Wahlausfall zu äußern. Rochefort, Dillon und einige von Paris hierher gekommene Parteifreunde sind in beständiger Berathung, wobei die Finanzfrage behufs weiterer Agitation eine bedeutende Rolle spielen soll. Es heißt, daß durch Vermittelung einiger hervorragender Persönlichkeiten, worunter auch Churchill genannt wird, Boulanger hier ein beträchtlicher Kredit eröffnet worden wäre, daß aber der Wahlausfall die Unterhandlungen betreffe Aufnahme eines Darlehns ins Stocken gebracht habe. Boulanger sei dadurch in arge Verlegenheiten gerathen. In der hiesigen französischen Kolonie giebt man seine Sache verloren, und selbst diejenigen, welche bisher für ihn demonstrierten, sind jetzt zu Spottern über den bravé général geworden.

Rußland und Polen.

? Warschan, 1. August. Aus Radom wird gemeldet, daß der dortige Gouverneur den Polizeimeister ebendaselbst beauftragt habe, dafür Sorge zu tragen, daß alle in der Stadt Radom wohnhaften Juden fremder Staatsangehörigkeit innerhalb dreier Wochen die Stadt zu verlassen haben. Gehtieht das bis zu jenem Termine nicht, so sollen dieselben zwangsweise zu den nächstgelegenen Grenzstationen gebracht werden.

Die Kurzägen in den Bädern.

Über die Unfälle der Kurzägen in den meisten Bädorten finden wir in dem Schreiben eines entschiedenen Gegners dieser Zägen an die „Nat. Btg.“ folgende durchaus aufrichtende Bemerkungen: Wenige Tage, nachdem der Tourist oder Sommerfrischler an einem Ort im Binnenlande, oder an der See, angelommen ist, in welchem sich eine Bade- oder Trinkanstalt befindet, erscheint bei ihm ein Bote des Badeunternehmers, sei es, daß der Letztere die Gemeinde, oder ein Privater, oder eine Gesellschaft ist, und verlangt von ihm eine Abgabe, die sogenannte Kurzage.

Es geschieht dies meist mit der Miene und in Formen, die den Anschein erwecken, als ob es sich um eine von Seite der Behörden genehmigte Abgabe handele, der ein jeder ohne Weiteres unterworfen sei, der sich überhaupt an dem fraglichen Orte aufhält.

Die Mehrzahl der Reisenden nimmt das in gutem Glauben hin und es fliehen auf diese Weise große Summen in die Tasche des Unternehmers, über deren Verwendung derselbe souverän befindet, so weit er sie verwenden will.

Wenn zum Beispiel ein solcher Ort jährlich von nur 5000 Personen besucht wird, die sich oft nur eine Woche aufhalten, so bezieht der Unternehmer durchschnittlich volle 20–25 000 M. ohne jede Kontrolle, inwieweit und in welcher Weise er diesen Betrag nun dem Publikum wirklich zu Gute kommen läßt. Sehr oft dienen dafür neue Anlagen geschaffen werden, die zwar nützlich sind, aber auch den verläufigsten Besitz des Unternehmers vermehren. Rechtlich liegt nun die Sache so, daß der Badeunternehmer gewisse Anstalten darf, unterhält und zur Verfügung stellt; einen Theil gegen besondere Beliebigkeit der jedesmaligen Benutzung, und einen Theil ohne ein besonderes Eintrittsgeld für jeden Fall der Benutzung gegen lang einer Bausumme, die sogenannte Kurzage!

Der Unternehmer erhebt nun vollkommen befugt, für die Benutzung seiner Anlagen die ihm von der Behörde genehmigten Beiträge zu erheben, aber wohlverständlich nur von denen, welche die Eigentum des Unternehmers stehenden Anlagen benutzen wollen; er ist wohl bereit, allen denen den Eintritt in seine Anstalten zu wehren, welche sich keinen Breiten nicht unterwerfen. Alle Diejenigen, welche die Eigentum des Unternehmers nicht benötigen, stehen zu dem Letzteren in einem Vertrags- oder öffentlich-rechtlichen Verhältnis nicht, und hat derselbe Ansprüche an diese Reisenden nicht zu erheben. Der bloße Aufenthalt an einem sogenannten Badeort verpflichtet durchaus nicht zur Zahlung der sogenannten Kurzage, die man namenlich an Seebadeorten dem Publikum weiszumachen sucht. Diese Rechtslage ist im Vorjahr bereits von dem Reichsgericht ausdrücklich anerkannt, es kann also ein Zweifel darüber nicht obwalten.

Die Unternehmer sind nun mitunter nicht abgeneigt, Denjenigen, welche mit Zug und Recht die Zahlung der Kurzage ablehnen, allerhand Unannehmlichkeiten zu bereiten, und wird dies mitunter möglich, durch eine gewisse Unclarität über das, was ihnen gehört und worüber ihnen in der That die Verfügung besteht; in den Bekanntmachungen werden in dieser Beziehung meist sehr allgemeine Bezeichnungen gebraucht. Die Unternehmer verbessern z. B. öffentlich Wege und Gartenanlagen und wollen dann später Denen, die nicht ihre Kurzäste sind, die Benutzung solcher Wege und Anlagen verbieten, während diese doch ihren Charakter als öffentliche nicht verloren haben. In Seebädern

Vorbilder vor ihren Völkern wandeln.“ Nachdem „Die Wacht am Rhein“ verkünden war, der laute Katholizismus sich gelegt hatte, beschloß die Versammlung einstimmig, an den deutschen Kaiser ein Huldigungstelegramm abzusenden. Herr v. Schultes, der zweite Präsident des Hauptausschusses, überbrachte den Willkommensgruß der Münchener Bürgerschaft und weihte sein Glas „den deutschen Turnern“. Der Spruch des zweiten Bürgermeisters Münchens, des Herrn Börsig, galt dem Andenken Jahn, welcher vor 80 Jahren in Deutschlands schwersten Tagen der einzige Führer der damals verhältnismäßig kleinen Schaar der deutschen Turnerschaft war, sowie den jetzigen treuen Führern der letzteren. Den herzlichsten Widerhall erregte der mit dem Brustton innerer Überzeugung vorgetragene Trankspruch des Herrn Prof. Bittel von der Münchener Universität. „Das einzig politische Ziel der deutschen Turner“, so schloß Herr Prof. Bittel seine Ansprache, „ist erreicht. Wir haben ein starkes, von mächtigen Verbündeten unterstütztes, gegen alle Angriffe gewappnetes deutsches Reich. Unser Wunsch ist es, nunmehr mit allen anderen Völkern in Friede und Freundschaft zu leben und mit ihnen gemeinsam die Wohlfahrt der Menschheit zu fördern. Und so rufen wir denn freudig unseren fremden Gästen, welche, wie der deutsche Turnerbund für die Ausbildung und Pflege der Vaterlandsliebe als ihre Aufgabe erkennen, ein kräftiges, von Herzen kommendes „Gut Heil“ zu.“

Eine fast feierliche Ruhe trat ein, als Herr Waessler, das Mitglied des Zentral-Komitees des schweizerischen Turnerbundes, es, die Tribüne betrat, um im Namen der Schweizer zu

wird ferner gern das Recht in Anspruch genommen, den Zutritt zum Strand zu verbieten, während doch das Strandufer nach altem Rechte frei zu begehen ist und der Unternehmer nur eine Konzession zur Errichtung einer Badeanstalt erhalten hat. Die Blanken und Bretter der Letzteren, sowie einen etwa eingehaltenen Badeplatz darf natürlich Niemand ohne Eintrittsgeld betreten, überall aber, wo man willkürlich Anlagen nicht betritt, darf Jedermann frei wandeln. Ebenso haben die Unternehmer fast nirgends Wege zum Strand erworben, sondern sie nur verbessert, dieselben sind und bleiben daher öffentliche. Die Gemeinden der betreffenden Orte lassen sich unbegrenzlicher Weise dieses Verfahren gefallen, während die Kurorte ihnen doch alle die Gäste verschwecht, welche lediglich der sonstigen Eigenschaft des Ortes halber kommen möchten, nicht aber wegen der Kuranstalt. Die Wege gehören ihnen und nicht dem Unternehmer, wenn dieser etwa auch Einzelne derselben unterhält. Es muß sonach als ein dringendes Bedürfnis bezeichnet werden, dem gedachten Beifahren zu steuern. Die Unternehmer mögen abwarten, bis sich der Fremde wegen der Benutzung ihrer Anlage an sie wendet und bleibt es ihnen überlassen, den Beginn dieser Benutzung dann von der Zahlung einer Pauschsumme abhängig zu machen, daß dreiste Busenden der Kurkarte aber erscheint nicht angemessen und dürfte zu befechten sein. Das Publikum muß diesen Dingen selbst entgegentreten und einfach im gegebenen Falle die Zahlung ablehnen; irgend eine Zwangsvollziehung seitens des Unternehmers kann nicht eintreten.

Die Kurorte wird oft mit dem Heiligenchein „der Verwendung im öffentlichen Nutzen“ umgeben, allein das ist eben nur ein Schein. Wenn Summen verausgabt werden, um die Anlagen angenehmer und den Ort anziehender zu machen, so dienen diese Ausgaben vor Alem den Zwecken des Unternehmers und der Vermieter, um das Unternehmen zu erweitern und mehr Gäste anzulocken. Diese Ausgaben sind die wahren. Eine öffentliche Rechnungslegung über die Kurorten dürfte zu verlangen sein. Wir gestatten uns ferner an die Aufsichtsbehörden und die Gemeinden das Ersuchen zu richten, gefällig Sorge zu tragen, daß alle die Anlagen und Wege genau gekennzeichnet und vor Alem durch Anschläge genau bekannt gemacht werden, welche im Eigenthum und in der Verfügung des Badeunternehmers stehen, damit jeder Besucher des Ortes prüfen kann, ob er dieser Anlagen bedarf und ob er das Eintrittsgeld für dieselben zahlen will oder nicht. Dieser Entschluß würde nach Recht und Billigkeit jedem vorzubehalten sein, der sich auf Grund des Freizüglichkeitsgesetzes und seiner sonstigen Rechte als Staatsbürger an einem Orte längere Zeit aufzuhalten will. Das Bedürfnis zur Erholung wird von Jahr zu Jahr allgemeiner und liegt es im öffentlichen Interesse, die Befriedigung desselben nicht durch die „Kurorten“ von unkontrollierter Verwendung verheuern zu lassen.

Aus dem Gerichtssaal.

* Hamburg, 31. Juli. Das „Hamburger Echo“ hatte den Artikel „Uff!“ der Berliner „Völks-Ztg.“ abgedruckt, wegen dessen die „Völks-Ztg.“ seiner Zeit, wie erinnerlich, wegen Bismarckbeleidigung verurtheilt worden war. Auch gegen das „Hamburger Echo“ war eine Anklage wegen Bismarckbeleidigung erhoben worden. Die Angelegenheit kam in der gestrigen Sitzung des Landgerichts zur Verhandlung. Der Hamburger Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe. Das Gericht aber sprach den Angeklagten frei, da es, wie die Motive des Urtheils dalegen, den Ton des intimirten Artikels zwar für scharf, aber nicht für beleidigend erachtete.

Bermischtes.

† Von einer verunglückten Ballonfahrt wird der „Pos. Ztg.“ aus Brüssel berichtet: Am Sonntag Abend 8 Uhr stieg am Strand des Seebades Blankenberge der Luftschiffer Chalck mit seinem Luftballon „Le Temps“ ohne Gondel, ohne Ballast und ohne Motor auf. Vor zahlreichen Zuschauern erhob sich der Luftballon, schlug die Richtung nach Westen ein, und bald entwand Chalck den Augen der Badegäste im Dunkel der Nacht. Diese Luftfahrt nahm einen sehr traurigen Ausgang. Das Unfall verjagte. In Läufschule, einem Dorf nördlich von der Stadt Brügge, stürzte Chalck zur Erde hinein und war auf der Stelle tot.

† Das Bestinden der unglücklichen Heroine Johanna Schwarz soll sich, wie der „B. B. C.“ hört, neuerdings eingemahnen gefestigt haben. Die Möglichkeit einer Heilung halten die Ärzte nun mehr für näher gerückt.

† Schneller als sofort. Es ist allgemeiner Gebrauch der Bureaucrats, die durch ihre Organe zu expedirenden Alten mit verschiedenen Aufschriften zu versehen. Die üblichsten Bemerkungen sind: „Sofort!“, „Rasch!“, „Gleich!“, „Noch heute!“. Die Zahl mit solchen Aufschriften versehener Alten ist Legion, so daß die Beamten nicht in der Lage sind, die Schriftstücke „rasch“, „sofort“ und „noch heute“ zu erledigen. Die Alten werden demnach sein sänderlich auf die Seite gelegt. Der Chef eines Budapester städtischen Amtes, dessen Alten von den Beamten nicht sonderlich respektirt wurden, war nun in großer Verlegenheit, wie er ein in der That äußerst dringendes Schriftstück behandeln sollte, damit dasselbe ja nicht liegen bleibe. Nach gewohnter Schablone — das fühlte der Chef ganz wohl — geht es rch., die Form muß diesmal eine andere sein. Endlich war der rettende Gedanke gefunden; er nimmt den Bleistift und schreibt in großen Buchstaben: „Noch gestern!“

sprechen. Gleich die ersten Worte des Redners: „Es ist mir der ehrenvolle Auftrag zu Theil geworden, Euch Gruss und Handschlag der schweizerischen Turnerschaft zu überbringen“, wurden mit sympathischen Burufen begrüßt. Herr Waessler hob zwischen Deutschland und der Schweiz erst in den jüngsten Tagen zum Ausdruck gelangt seien, als Deutschland unsern Dichter Gottfried Keller in einer Weise fetterte, die uns, seine Mitbürger, mit Stolz und Rührung zugleich erfüllen müsse. Eine tiefe Wirkung erzielte der Schweizer Redner mit dem Schlusse seines Trinkspruches, an welchem Herr Waessler der deutschen Turnerschaft einen Strauß in den Garten des Schweizerlandes sowie der Münchener Turnerschaft einen kostbaren Silberpokal im Namen der Schweiz überreichte. Den Strauß aus Alpenblumen empahlt, sprach der Schweizer Redner mit leicht vibrrender, aber durchdringender Stimme folgendes: „Soll ich sie Euch deuten, diese Blumen? Ja, ich will: Seht Ihr diese Rosen? Alpenrosen sind: Sie bedeuten das in Jahrhundert langen Kämpfen vergossene Blut unserer Ahnen. Und mitten in diesem rothen Feld, den symbolisierten Blutstropfen unserer Freiheitskämpfer, da steht ihr hellleuchtend unser Feldzeichen, das weiße Kreuz, das Zeichen des Erlösers, das Zeichen des Friedens, gebildet aus Edelweiß, der edelsten Blume unserer Berge. Das weiße Kreuz, es ist das Symbol der Aufgabe unseres kleinen Landes mitten im waffenstarrenden Europa zu sein und zu bleiben ein Bild des Friedens und in der Zusammengehörigkeit seines Volkes, ein Bild der Erlösung vom Streit und Hass der

Lokales

Posen, 2. August.

○ Herr Polizeirath Schön wird, wie wir hören, in etwa acht Tagen Posen verlassen und nach Görlitz übersiedeln, wo er seinen künftigen Wohnsitz zu nehmen gedenkt. Herr Schön hat seine Pensionierung zum 1. Oktober d. J. nachgesucht und gleichzeitig seine Beurlaubung vom 8. d. M. ab beantragt. Seit etwa 15 Jahren ist Herr Schön in unserer Stadt im Amte und hat bereits im Sommer 1879 hier selbst sein 40jähriges Dienstjubiläum als Beamter begangen.

○ Die gestrige militärische Abendmusik in der Gartenstraße vor der Wohnung des Herrn Generalleutnants von Seckl hatte ein nach mehreren Tausenden zählendes Publikum herbeigeführt, welches in der angrenzenden Abendstunde den Klängen der Musik lauschte. Leider sind die schön gepflegten Anlagen und Rasenplätze in der Gartenstraße längs der Kirchhofmauer recht erheblich beschädigt und zerstört worden, weil das Publikum resp. der Fanfagel, der sich ja bei solchen Veranstaltungen immer einzufinden pflegt, die Umwälzungen der dortigen Anlagen nicht beachtet, zum Theil aber wohl auch nicht beachten konnte. Es sollen nämlich, wie uns von Augenzeugen berichtet wird, in einigen Fällen bei dem von den Polizeibeamten angeordneten Umgewenden der verschiedenen Equipagen und Droschen die auf der Straße versammelten Neugierigen zum Theil in ange Bedränigk gerathen sein. Ob es gerade geboten war, die Durchfahrt nach der Bäckerstraße nicht zu gestatten, wie dies in einem Falle festgestellt ist, vielmehr auf einem Umgewden des betr. Fußwärts in der von dichtesten Siedlungen möglicher Buschauer besiedelten Straße zu bestehen, bleibt doch mindestens fraglich.

* Von dem zweiten Hauptgewinn der Preuß. Raassenlotterie von 300 000 Mark sind zwei Viertel nach Trier, ein Viertel in die Eifel und ein Viertel in die Umgegend von Saarbrücken gekommen.

○ Geleiseverlegung. Die Direktion der Pferdebahn läßt gegenwärtig ein Zweiggleise herstellen, das von dem Geleise nach dem Zoologischen Garten kurz vor dem Etablissement Schweizer Garten direkt nach dem Depot der Pferdebahn führt. Dieses Geleise wird demnächst auch für den Verkehr der Personenwaggons zwischen Stadt und Zoologischen Garten während der Zeit benutzt werden müssen, zu welcher die Regulierung und Umpflasterung der Straße zwischen Kaponiére und Zoologischen Garten vor sich geht. Wie uns mitgetheilt wird, beabsichtigt die Königliche Regierung diese Straße ganz gerade legen, den Fahrdamm in entsprechenden Breite herstellen, zu beiden Seiten mit einem genügend breiten Bürgersteige für Fußgänger versehen und die gegenwärtig recht leidige Abwasserung der Straße unterirdisch zur Ausführung bringen zu lassen, so daß dann die Straße nach dem Zoologischen Garten jeden billigen Anforderungen des Verkehrs einer Provinzial-Hauptstadt genügen würde.

Handel und Verkehr.

** Berlin, 1. August. Central-Markthalle. [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Central-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Unbedeutend. Fische. Befahr. möglich. Geschäft bei steigenden Preisen lebhaft. Butter und Käse. Unverändert. Gemüse. Gurken billiger. Weißkraut heimweise wegen schlechter Ankunft unter Notiz gehandelt. Obst und Süßfrüchte schwache Befahr., fülliges Geschäft.

Fleisch. Rindfleisch Ia 55—60, IIa 48—55, IIIa 40—48, Kalbfleisch Ia 55—60, IIa 40—55, Hammelfleisch Ia 48—52, IIa 40—48, Schweinfleisch 48—62 M. per 50 Rls.

Gerauchtes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knobeln 80—90 M., Spec. ger. 65—75 M. per 50 Rls.

Wild. Damwild per ½ Rls. 0,40—0,55, Rothwild per ¼ Rls. 0,45—0,50, Rebwild Ia 0,60—0,70, IIa bis 0,50, Wildschweine 0,20—0,30, Rantinen per Stück — M.

Bähnle. Geflügel. lebend. Gänse, junge 2,00—3,50, Enten alte 0,90—1,10, junge 0,90—1,20, Puten 0,30 bis 0,35 Mark per Stück.

Fisch. Hähne per 50 Rls. 60—75, Hander 100, Barsche — Karpfen große — M., do. mittelgroße — M., kleine —, Schleie 91—92 M., Bleie kleine — M., Aland 45 M., bunte Fische (Blöße u. c.) do. 42 M., Hale gr. 130 M., do. mittelgr. 105 M., do. kleine 85 M., Krebse, große, p. Schok 8—12 M., mittelgr. 4,00—6 M., do. kleine 1,20—2,00 M.

Butter u. Eier. Ost. u. westl. Ia 110—114 M., IIa 103—108, schwäbische, pommerische und posensche Ia 110,00—112,00, do. do. IIa. 103,00—108,00 M., ger. Hofbutter 93—103 M., Landbutter 88—95,— Eier. Hochrorna Eier 2,40—2,70 Mark, Prima do. 2,30, kleine und schwämige Eier 2,00 M. per Schok netto ohne Nabat.

Gemüse und Früchte. Frühe blaue Speiselkartoffeln 2,80 M., do. Rosen 1—1,50 M., Broedeln 4,50—5,00 M. per 50 Rls., Mohrrüben. lange per 50 Rls. 1,00 M., Gurken. Schlangen. gr. per Stück 0,10—0,15 M., Blumenkohl, per 100 Rops holt. 40—45 M., Kohlrabi, per Schok 0,20—0,30 M., Rübsalat, inländisch 100 Rops 2 bis 4 M., Spinat, per 50 Rls. 0,75—1 M., Spicen, per Schok 4—6 M., Kochäpfel 4—6, Tafeläpfel, diverse Sorten 10,00—15,00 M. per 50 Rls., Kochbirnen per 50 Rls. 7,50—12,50 M., Ehdörnen 10—12 M., Kirschen, Werdersche per Tiefe 1,50—1,75 M., Stachelbeeren, Werdersche per Tiefe 1,50 bis 1,75 M.

Nationen. Die Blumen aber, das Edelweiß, aus dem dieses Kreuz gebildet ist, sie mahnen uns Schweizer daran, daß wir diese hohe Aufgabe nur lösen können mit reinem Herzen und reinem Charakter, mit Festigkeit und Treue gegenüber uns selbst und gegenüber unsern Nachbarn. In diesem Sinne bringe ich mein Hoch der deutschen Turnerschaft, und den dauernd freundschaftlichen Beziehungen unserer Völker.“ — Ein jubelndes Echo fand dies dem Frieden, der Eintracht und der Freundschaft geweihten Worte, und aus vollem Herzen, mit lautem Erthausmus stimmten Alle, Alle in das „Gut Heil“ ein, welches vom Vorsthenden der Münchener Turner den Schweizer Turnern dargebracht wurde. Herr Prof. Kienmann aus Weidhoven überbrachte in ebenso schwungvollen, wie sachgemäßen und beherrschigen Worten die Grüße der Österreicher, Herr Redakteur Krause aus Bukarest die der Deutschen in Rumänien, Herr Kretschmar die der englischen, Herr Hannote die der belgischen Turner. Die Trinksprüche des Ehrenvorstehenden Georgi, des Herrn Dr. Götz (Lindena) auf das deutsche Vaterland, des Herrn Kommerzienrats Hänel (München) auf die deutschen Frauen, sowie des Herrn Prof. Eugen Stiel, des Präsidenten der Künstlergenossenschaft, auf die Ehrengäste beschlossen offiziell das Brot, durch welches ein großartiger Zug innigster Harmonie, wahrhafter Vaterlandsliebe und echten Mannes- sinnes wehte.

Der gestrige Tag war von verhältnismäßig gutem Wetter begünstigt. Das Preis- und Wettkampfturnen, welches gestern in größerem Maßstabe als in den Tagen vorher stattfinden

** Berlin, 2. August. [Städtischer Centralviehhof.] (Privatelegramm der „Posener Zeitung“.) Zum Verkauf standen: 336 Kinder, umgesetzt 240 Stück, Preis unverändert; 1308 Schweine, Preis 53—60 M., ausverkauft. 765 Kälber: Ia. 47—56 Pf., IIa. 34—46 Pf. Geschäft ruhig; 1005 Hammel, umsatzlos.

Hamburg, 2. August. [Privatelegramm der „Posener Zeitung“.] Petroleumauktion. Sämtliche zum Verkauf gestellte 500 Barrels prima Weiß 25° Mark Hermann Sturzberg u. Comp. um diverse bessere amerikanische Marken zum Durchschnittspreise von 7,22½ Mark verkauft. Nächste Auktion am Dienstag.

Amtlicher Marktbericht der Marktkommission in der Stadt Posen

vom 2. August 1889.

Gegenstand.	Gute W.			mittel W.			gering. W.			Ritter.		
	R. W.	M. W.	B. W.	R. W.	M. W.	B. W.	R. W.	M. W.	B. W.	R. W.	M. W.	B. W.
Weizen	höchster	—	—	—	—	—	18	50	—	—	18	35
Roggen	niedrigster	pro	—	15	70	15	40	15	20	—	—	—
Gerste	höchster	100	15	60	15	30	15	10	15	15	38	—
Hafet	höchster	—	—	—	13	—	—	—	—	—	12	90
	niedrigster	gramm	—	—	12	80	—	—	—	—	—	—

Anderer Artikel

	höchst. niedr. Mitte.			höchst. niedr. Mitte.		
	M. W.	M. W.	M. W.	M. W.	M. W.	M. W.
Stroh	7	6	6	63	60	1
Kohl	—	—	—	—	1	10
Krumm-	—	—	—	—	1	15
Heu	7	7	7	25	20	1
Gruben	—	—	—	—	1	15
Binden	—	—	—	—	1	30
Bohnen	—	—	—	—	2	20
Kartoffeln	4	50	3	50	4	2
Kinder v. d.	1	40	1	20	1	30

Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 2. August.

Weizen	seine W.			mittl. W.			ord. W.		
Br.	100 Kilogramm.	Br.	Br.	17 M.					
<th

